



SSSSSSS.....

Grⁿ DSA Liane Marecsek



Unter der Lupe!

Kultur oder Machtgehab?

In den letzten Jahren wurden in Tulln viele Denkmäler und Brunnen errichtet.

Entsprungen meistens der Idee eines einzigen Mannes - und ohne Konzept und Diskussion von der ÖVP für „ihren Bürgermeister“ umgesetzt. Der kunst- und kulturhistorische Auftrag in Tulln wird dabei oft nicht erkannt.

Bei diesen Beschlüssen der Mehrheitsfraktion habe ich den Eindruck, dass die Meinung von Fachleuten gar nicht gewünscht wird. Kritik der anderen Fraktionen im Gemeinderat ist unerwünscht und „nicht wichtig“. Und die Bevölkerung??? - Die braucht man schon gar nicht fragen.

Das geplante Nibelungendenkmal ist ein weiterer Beleg für einsame Entscheidungen.

Wir Grünen fordern schon seit Jahren einen Kunstbeirat, der eine Juryfunktion innehaben soll. In Tulln leben sehr viele Künstler, Architekten und Fachleute. Sie könnten ihr fachliches Know How zur Ideenfindung und Auswahl von Kulturobjekten zur Verfügung stellen.

Und dieser Beirat könnte auch dafür sorgen, dass nicht ausschließlich der „Kunstgeschmack“ und das „Geschichtsverständnis“ eines Einzelnen das Erscheinungsbild Tullns für die nächsten Jahrzehnte prägt.

Grⁿ Liane Marecsek

Volksbegehren

Es hat ein Volksbegehren stattgefunden und nur sehr wenige gingen hin.

Vom 10.6. bis 17.6. gab es die Möglichkeit, das von Greenpeace initiierte Volksbegehren „Atomfreies Europa“ zu unterstützen. Österreichweit fanden sich nur 131.853 Unterstützer.

Mit 2,23% Unterstützung landete das Volksbegehren somit nur auf dem 26. Platz (von insgesamt 30). In der Gemeinde Tulln lag die Zustimmung sogar nur bei 1,60%. Sehr schade.

Schließlich war das Anliegen dieses Begehren sehr wichtig und sinnvoll, nämlich die Bundesregierung zu verpflichten sich auf der europäischen Ebene für einen Ausstieg aus der Kernenergie einzusetzen.

Da kaum anzunehmen ist, dass die Österreicher mit ihrer bekannten

Abneigung gegen Atomenergie, dieses Thema nicht unterstützen, stellt sich die Frage warum diesmal so wenige Menschen hingingen.

- Es fehlte die große mediale Unterstützung, wie z.B. beim Temelin-Volksbegehren durch die Kronen Zeitung.

- Das Thema war mangels aktuellem Anlass kein „Aufreger“.

- Ohne die Unterstützung einer Partei sind Volksbegehren meistens wenig erfolgreich.

Dadurch stellt sich die Frage wie sinnvoll Volksbegehren unter diesen Umständen noch sind.

Schließlich ist die einzige politische Konsequenz eines Volksbegehrens die Behandlung im Parla-

ment, wenn es mehr als 100.000 Stimmen erhält.

Volksbegehren, die von einer im Parlament vertretenen Partei ausgehen, sind daher immer mehr oder weniger eine Farce, da diese ohnehin die Möglichkeit haben ihre Anliegen im Parlament vorzubringen.

Eine wichtige Aufgabe des gerade begonnenen Österreich-Konvents, der sich um die Zukunft der österreichischen Verfassung Gedanken macht, sollte es daher auch sein sich zu überlegen, wie es mit dem Themenbereich Volksbefragung, Volksbegehren und Volksabstimmung weiter gehen soll. Handlungsbedarf gibt es auf alle Fälle.

GR Rainer Patzl

Kostenlose Krankentransporte sicherstellen!

NÖ-GKK soll Neuregelung der Krankentransporte überdenken

Die Neuregelung der Transportkosten der NÖ Rettungsdienste sollte nach Ansicht der NÖ Grünen neu überdacht werden. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen der NÖ-Gebietskrankenkasse und den Rettungsdiensten darf nicht auf dem Rücken der

niederösterreichischen PatientInnen ausgetragen werden

Ab 1. Juli 2003 kommt es bei Ambulanztransporten nur mehr in Ausnahmefällen zu einer Direktverrechnung mit den anerkannten Rettungsorganisationen.

Den PatientInnen, die nicht unter

diese Ausnahmebestimmung fallen, ersetzt die Kasse nur mehr die Hälfte der Kosten. Niederösterreichs PatientInnen, die nicht unter diese Ausnahmefälle fallen oder Akutfälle sind, müssen künftig einen Selbstbehalt zahlen.

Das Land NÖ muss dafür sorgen, dass ältere und sozial schwache Personen selbstverständlich weiterhin kostenlos Rettungsdienste in Anspruch nehmen können. Ich erinnere daran, dass bereits durch die Pensionsreform der Bundesregierung sozial schwache Personen massive finanzielle Einbußen erleiden.

Dieser Gruppe von Menschen kann man nicht noch weiter Geld wegnehmen. Wir fordern neuerliche Verhandlungen zwischen der NÖ-GKK und den Rettungsdiensten.

Abg. z. Ltg. Helga Krismer



welkamm
Erika Grüll Friseurmeisterin

Tulln City Passage



02272/82255

Di bis Fr 9 - 19, Sa 8 - 14 Uhr. Bitte anmelden

Gelsenbekämpfung wird umweltfreundlicher!

Langjähriger Kampf der Grünen gegen Malathion erfolgreich!

Seit Jahren setzen sich die Grünen für Alternativen zum Malathion in der Gelsenbekämpfung ein. Jetzt ist es soweit. Der Widerstand der anderen Fraktionen im Gemeinderat ist gebrochen. Dr. Seidl wurde von der Stadtgemeinde beauftragt, den umweltfreundlichen *Bazillus thuringensis israelensis* (BTI) auszubringen.

Zur Vorgeschichte:

Ende vergangenen Jahres wurde Dr. Stangl von Mag. Eisenschenk als Umweltstadtrat abgelöst. Dadurch kam auf einmal Bewegung in die Frage der Gelsenbekämpfung. Schließlich war Dr. Stangl nicht bereit, über Alternativen zum Einsatz des Nervengiftes Malathion zu diskutieren.

Am 7. Mai 2003 gab es auf Initiative von Mag. Eisenschenk endlich einmal eine hochkarätige Diskussion mit Fachleuten zum Thema Gelsenbekämpfung.

Fast einhelliger Tenor der anwesenden Experten: „Man müsse mit dem Mythos aufräumen, dass wir gelsenfrei werden können. Aufklärung und Prävention geht

vor Giftspritzen.“ Weiters hörte man von den Fachleuten einige kritische und besorgte Stimmen zum Einsatz von Malathion. Denn Malathion ist ein Gift und tötet wahllos. Es vergiftet auch Tiere anderer Art.

Es fehlen aber auch Langzeitstudien, die die Auswirkung auf



Lästig - aber deswegen die Welt vergiften???

die menschliche Gesundheit untersuchen. Die Stechmücken werden mit Malathion nicht gezielt getroffen, auch Nützlinge werden vergiftet. Regelmäßige Ausbrin-

gung erhöht die Konzentration in der Umwelt und verursacht damit Resistenzen. Insgesamt wird durch den Einsatz von Malathion das gesamte ökologische System gestört.

Alles in allem wurde bei dieser Diskussion das bestätigt, was die Grünen seit vielen Jahren fordern: Malathion sollte nicht zur Gelsenbekämpfung eingesetzt werden.

Entschließt man sich zur großflächigen Bekämpfung von Gelsen, dann sind eindeutig biologische Methoden vorzuziehen. Hierzu bietet sich der Einsatz von BTI (zur Wirkungsweise siehe im untenstehenden Kasten) an, das bereits erfolgreich in Stockerau verwendet wird.

Im Anschluss an diese Diskussion wurde beschlossen, nun auch in Tulln vorrangig BTI einzusetzen.

Die Grünen begrüßen diesen Schritt, kritisieren aber, dass die Gemeinde weiterhin ergänzend Malathion einsetzen will.

Liane Marecek



Grⁿ Sabine Gabriel

Bewusst - SEIN

Jetzt ist der Sommer endlich da und mit ihm wie üblich auch die Gelsen. Und heuer wird uns auf Grund der großen Frühjahrshitze vermutlich eine besondere Gelsenplage ins Haus stehen.

In den letzten Jahren wurden die Quälgeister von der Stadtgemeinde Tulln mit Malathion bekämpft. Malathion ist aber ein Insektizid mit der akuten Giftigkeit Stufe 3 beim Einatmen. Und, bekanntermaßen ein Nervengift. Mit all den Problemen für Atemwege und Schleimhäute.

Jede Art von Gift wirkt auf den Lebensraum aller - letztlich auch auf den Menschen.

Gerade die Gesundheit unserer Kinder, deren Freiraum in der schöneren Jahreszeit in der Natur, im Garten, auf der Wiese oder am Spielplatz ist, ist gefährdet.

Die Population der Stechmücken vermehrt sich sofort wieder nach der Vernebelung mit Malathion - daher gibt es keinen wirklichen Erfolg durch diese Vernichtung.

Meiner Meinung nach ist es unsere Aufgabe, uns dafür einzusetzen, dass die Larven der Gelsen mit biologischen Mittel präventiv bekämpft werden.

Wir sollten uns der Wichtigkeit unserer Gesundheit BEWUSST SEIN und für einen gesunden Lebensraum für uns und unsere Kinder sorgen.

Grⁿ Sabine Gabriel

BTI – ein umweltfreundliches Insektizid

Zur großflächigen Bekämpfung der Stechmücken können heute spezielle Eiweißstoffe eingesetzt werden, die auf dem hochselektiv wirksamen *Bazillus thuringensis* (B.T.) basieren. Diese Mikroben produzieren giftige Eiweiße. Diese werden im Darm der Mückenlarven aktiviert und durchlöchern die Darmwand, wodurch die Larven innerhalb kürzester Zeit sterben. Nehmen andere Tiere das Eiweiß auf, so fehlen die Bedingungen, die im Darm der Mücken vorhanden sind – ihnen passiert nichts. Deswegen kann von selektiver Wirkung gesprochen werden. Alle Varianten dieses Bakteriums wirken sehr spezifisch und zersetzen sich im Freien rasch. Auch sind die Mikroben nicht fremd in unseren Ökosystemen, sondern kommen überall im Boden vor. All dies macht den *Bazillus* zu einem überaus umweltfreundlichen Insektizid. Er wurde bereits 1911 in Thüringen – von daher der Name – in kranken Mehlmotten isoliert. In den 50er Jahren erfolgte in den USA der erste erfolgreiche Einsatz gegen einen Landwirtschaftsschädling. Heute gehören BT-Präparate zu den meist verwendeten biologischen Insektiziden und sind selbst im Biolandbau erlaubt.

Fakten zur Pensionsreform

Melange gefällig?

Madeleine Petrovic und die Grünen Tullns informierten am 30. Mai 2003 im Stadtzentrum die Bevölkerung über die Auswirkungen der geplanten Pensionsreform der Bundesregierung. Gleichzeitig präsentierten die Grünen ihre Vorstellungen einer gerechten und sichernden Pensionsreform. Die derzeitige Pensionsreform der Bundesregierung ist nach Meinung der Grünen ungerecht, hat ihre Tücken und wird in Zukunft erhebliche Finanzierungsfragen aufwerfen.

- Sie verschärft die Situation am Arbeitsmarkt.
- Sie kommt überfallsartig und erlaubt es Menschen, die kurz vor der Pension stehen, nicht auf die Pensionskürzungen zu reagieren.

sollen in höchst unsichere Pensionsfonds einzahlen und erhalten im Alter selbst aber nur einen Bruchteil dessen, was ihnen zu steht.

- Sie kommt mit unnötiger Eile.
- Sie beseitigt nicht die Ungerechtigkeiten des Pensionsystems!
- Sie belastet „normale“ AS-VG-Versicherte besonders stark, während PolitikerInnenpensionen kaum berührt werden.
- Sie sieht keine Harmonisierung der unterschiedlichen Pensionssysteme vor.

Das Pensionsmodell der Grünen:

„Die Grundsicherung bildet den Kaffee, die Versicherungspension die Milch. Eine (freiwillige) Eigenpension ohne staatliche Förderung die Schokostreusel“, dazu

unterschiedlichen Pensionssysteme. Dies schafft eine existenzsichernde Grundsicherung für alle im Alter. Auf Grundsicherung hat Anspruch, wer das gesetzliche Pensumsalter von 60/65 (nach 2033 einheitlich 65) Jahren erreicht. Derzeitige Höhe etwa 630

den Versicherten selbst bezahlt werden, sondern von den VerursacherInnen (Familienlastenausgleichsfonds, Bundesheer, AMS).

Ein Pensionsplitting hilft Ungerechtigkeiten wie die ungleiche Aufteilung von Betreuungsarbeit,



Liane Marecsek mit Dr. Madeleine Petrovic im Gespräch mit einer Bürgerin



Am Informationsstand in Tulln: Klubobfrau LAbg. Dr. Madeleine Petrovic, Bezirkssprecherin Ulli Fischer, Gemeinderätin Liane Marecsek, ObfrauSTv. Erika Simanó

- Sie trifft Frauen, die besonders häufig von Berufspausen, Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung und niedrigen Löhnen betroffen sind, mit besonderer Härte.
- Sie trifft junge Menschen gleich mehrfach: Sie zahlen über ihre Beiträge die Pensionen der gegenwärtigen PensionistInnen,

Sozialsprecher der Grünen Karl Öllinger.

1. Baustein Grundsicherung:

Der gesetzlich festgelegte Bundeszuschuss soll daher direkt an die PensionsbezieherInnen fließen und nicht mehr wie derzeit in die

Euro. Vor allem Frauen, aber auch alle anderen schlecht abgesicherten Menschen (z.B. Berufsunfähigkeit durch Krankheit) gewinnen dadurch.

2. Baustein Pensionskonto:

ergänzt aus Beiträgen bei Erwerbsarbeit die Grundsicherung. Es gibt keine Mindestanwartschaften mehr.

Jeder Versicherungsbeitrag aus Erwerbsarbeit zählt und bildet einen Baustein für das Pensionskonto. Das Pensionskonto schafft Klarheit über die jeweils erworbenen Pensionsansprüche. Ersatzzeiten sollen nicht mehr von

Hausarbeit oder ungleiche Entlohnung auszugleichen.

Die während einer Partnerschaft oder Ehe erworbenen Versicherungszeiten werden im Fall einer Trennung auf beide PartnerInnen gleichmäßig aufgeteilt. Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen werden auf diese Weise auch über die Sozialversicherung berücksichtigt.

3. Baustein Freiwillige private Pensionsversicherung.

Dieses Modell ist gerecht, aufkommensneutral und sichert die Pensionen aller Menschen.

GR Liane Marecsek.

Meinungen zur Pensionsreform

Mit uns kann man's ja machen!

Wo bleiben die Wahlversprechen oder die Aussagen bei der Pensionskürzungsreform, „in bestehenden Pensionen wird nicht eingegriffen“? Seit Jahren bekommen PensionistInnen nicht einmal die Inflationsrate abgegolten, d.h. ihre Pension wird jährlich weniger wert. Einmalzahlungen sind ein Trostpflaster, werden aber bei der nächsten Erhöhung nicht eingerechnet, so dass die laufende Pension noch mehr an Kaufkraft verliert. Gleichzeitig treffen Gebührenerhöhungen Ärmere viel stärker als Reiche, wenn man sie prozentual von ihrem Einkommen, bzw. ihrer Pension berechnet. Dazu kommen dann noch Selbstbehalte, immer höhere Beiträge zu Heil-

behelfen, die insbesondere ältere Menschen betreffen. Extrem benachteiligt sind alleinstehende ältere Menschen dann noch von den „Sonderangeboten“ in Supermärkten, die alle nur für Großpackungen gelten, von den Einbettzimmer-Zuschlägen bei Reiseveranstaltungen u.a. Ich rede jetzt nicht nur von den sogenannten Mindestpensionen, sondern von der großen Anzahl von PensionistInnen mit kleinen bzw. mittleren Pensionen, die nach einem arbeitsreichen Leben mit Beruf und Kindererziehung ein Recht darauf haben ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ohne überall als BittstellerInnen auftreten zu müssen.

Erika Simané

Pension: Jugend zur Kasse...

Ich bin 32 Jahre alt. Im Jahr 2036, wenn ich 65 bin, kommen auf einen Pensionisten zwei Erwerbstätige.

Ändert sich das derzeitige System nicht, steht meine Generation vor dem Problem sowohl die jetzigen Pensionen als auch den Großteil ihrer eigenen zahlen zu müssen. Eine massive Reform mit großen Einschnitten ist meiner Meinung nach daher dringend erforderlich.

Die jetzige Reform ist aber alles andere als gerecht und zukunftsweisend. Die Gruppe mit den höchsten Pensionen und den höchsten staatlichen Zuschüssen, die Beamten, sind von der Reform

ausgenommen. Frauen und die ganz Jungen werden (wieder einmal) die Hauptleidtragenden dieser Reform sein.

Man sieht dass die Experten, die diese Reform ausgetüftelt haben, fast ausschließlich beamtete Männer in mittleren Jahren waren.

Eine gerechte Reform muss alle Bevölkerungsgruppen umfassen (also auch die Beamten, die Selbständigen und die Bauern), jedem ein Mindestmaß an Absicherung gewährleisten und darf auch nicht davor zurückscheuen bestehende zu hohe Pensionen in die Reform miteinzubeziehen.

Rainer Patzl

Schnellstraße und Einkaufszentrum in
Tschechien - Grüne machen mobil

Horror für Wirtschaft und Bevölkerung

Die Errichtung des riesigen Einkaufszentrums Factory Outlet bei Kleinhauzdorf und die geplanten Schnellstraßen lassen für das Weinviertel Schlimmes befürchten. Dieses Projekt wird auch auf die Region Tulln gravierende Auswirkungen haben, da es weniger als eine Autostunde von Tulln entfernt ist.

Das Factory Outlet wird 365 Tage im Jahr von 9-22 Uhr geöffnet sein. Man rechnet jetzt schon mit 4 Millionen Besucher pro Jahr, die Hälfte davon am Wochenende. 70 % davon sollen aus Österreich kommen. Das sind tausende Autos pro Tag.

Folge dieser Politik ist ein starker Kaufkraftabfluss und eine weitere Schwächung des Handels im gesamten Weinviertel und wird auch auf die Tullner Wirtschaft dramatische Auswirkungen haben.

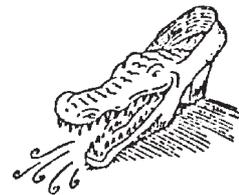
Ebenso Folge dieser Politik ist eine starke Verkehrszunahme durch Personenverkehr und LKW-Transit, da diese Straße eine mauffreie Alternative zur Nordautobahn darstellt. Der Verkehr wird also auch in Tulln in nächster Zeit sehr stark ansteigen.

Aus diesem Grund hat der Tullner Gemeinderat, auf Antrag der Grünen eine Resolution an das Umweltministerium beschlossen, in welcher gefordert wird, das Outlet Center in die geplante grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung einzubeziehen.

Die Zukunft Niederösterreichs kann nur in der regionalen Stärkung und nicht in Einkaufszentren liegen. Die Verkehrspolitik muss in Richtung öffentlichen Verkehr gehen, sonst enden wir in der Transithölle. Die zuständigen Politiker sind aufgerufen, endlich zu handeln.

Liane Marecsek

Die meisten
schönen Schuhe sind
nette kleine
Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Sie werden sehen: Unsere Auswahl hat Hand und Fuß.

GEA
GehenSitztenLiegen

seit 8 Jahren in Tulln

3430 Tulln, Frauentorgasse 9, Tel.: 02272/66701

Grüne wollen florierende Wirtschaft in der Stadt

Das Entstehen großer Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ in den letzten Jahren stellt ein großes Problem für die Wirtschaft in den Gemeinden dar.

Die Tendenz zeigt, dass eine Ge-

große Distanzen zurückgelegt werden, die ohne Auto nicht mehr bewältigbar sind. Ein Überhang an Einkaufszentren an den Ortsrändern bewirkt meistens auch ein enormes Anwachsen des Verkehrs. Dazu kommt, dass Menschen, die keinen PKW besitzen (vor allem PensionistInnen, Behinderte und Jugendliche), in immer stärkere Versorgungsnot geraten, weil die unmittelbare Nahversorgung immer mehr ausgedünnt wird.

Unterstützt wird diese Tendenz noch dadurch, dass die Parkplatzbenützung – im Gegensatz zu vielen Stadtkernen - hier meist gratis ist.

Der volkswirtschaftliche und ökologische Schaden ist noch nicht absehbar und wird in der Zukunft noch mehr Probleme aufwerfen.

In Österreich sind in den nächsten Jahren 100 zusätzliche Einkaufszentren geplant. Daher ist dringend Handlungsbedarf gegeben.

Die Grünen haben daher bei der letzten Gemeinderatssitzung folgende Resolution eingebracht, die einstimmig beschlossen wurde:

meinde (die noch so klein sein kann), die gesamte Kaufkraft einer Region abzieht und das gesamte wirtschaftliche und soziokulturelle Leben anderer Gemeinden gefährdet. Ortskerne sterben, es müssen



Den ersten „Großen“ hat es schon erwischt...

Der Gemeinderat Tulln richtet an das Land Niederösterreich folgende Resolution

1. Die Raumordnungsgesetze sind so zu gestalten, dass wirtschaftliche Ansiedlungen in Niederösterreichs Gemeinden eine ergänzende und nicht zerstörende Wirkung auf die bestehende Wirtschaft ausüben.
2. Die regionalen Raumordnungsprogramme sind zu verbessern und durch regionale Verkehrskonzepte zu ergänzen. Die Landesgesetzgebung sollte nach Möglichkeiten suchen, dass die Parkraumbewirtschaftung auch in Einkaufszentren durchführbar ist.
3. Es sollte die Schaffung einer aufkommensneutralen Handelsflächenabgabe erwogen werden, mit der eine höhere Belastung der Allgemeinheit durch Flächenverbrauch und Verkehrserregung seitens großer Handelszentren abgegolten und deren Einnahmen zur Sicherung der Nahversorgung eingesetzt werden.

Situation in Tulln

Zusätzlich zu den obgenannten Schritten ist es unbedingt notwendig, unter Beiziehung von Fachleuten eine Bedarfsanalyse und ein aktuelles Wirtschafts- und Verkehrskonzept für Tulln zu erstellen.

Der Hauptplatz sollte von der Pestsäule bis zur Bezirkshauptmannschaft autofrei sein. Eine sofortige Einbahnregelung am Hauptplatz könnte zum Schutz der FußgängerInnen und RadfahrerInnen beitragen.

Im freiwerdenden Feuerwehrareal könnte eine vernünftige Mischung aus Wohnungen, Geschäften, Kleinbetrieben und Lokalen die Stadt beleben. Das Wirtschaftskonzept sollte abgewartet und dann ein Wettbewerb zur Verbauung und Gestaltung ausgeschrieben werden.

Ein Magnet in der Stadt kann zusätzlich Kaufkraft anziehen. Vor etwa 3 oder 4 Jahren haben auch Jugendliche im Rahmen des Jugendforums ein Bekleidungsgeschäft für Jugendliche verlangt. Das wurde damals von den zuständigen Politikern als konkurrierende Gefahr für die bestehenden Geschäfte abgetan.

Solange es solche Haltungen bei den Politikern und Wirtschaftstreibenden gibt, wird es kein Wachstum in Tulln geben.

Liane Marecsek

Kommen Sie zu uns, reden sie mit uns:

Grüner Stammtisch
jeden letzten Mittwoch im Monat
um 19:30 Uhr im Gasthaus „Goldenes Schiff“,
Wienerstrasse 10, 3430 Tulln.

E-mail: tulln@gruene.at

Web: <http://www.tulln.gruene.at>

Spendenkonto: Oberbank 901 0041 43



Nicht nur am Wochenende notwendig: Platz für Fußgänger!

Grüner Klub – was nun?

Es war grenzenlos: Zuerst das Zittern, dann der Jubel. Nach einer Phase der Unsicherheit gelang den Grünen bei der Landtagswahl nicht nur die Verdoppelung ihrer Mandatszahl (von 2 auf 4) sondern auch die Erringung eines Bundesratsmandates.

Dadurch wird das politische Auftreten der Grünen in Niederösterreich nachhaltig gestärkt.

Aber schön der Reihe nach. Zunächst die Folgen der Landtagswahl: Es zeigte sich, dass die GRÜNÖ – Kampagne von ÖVP und FPÖ wirkungslos blieb.

Die WählerInnen lassen sich eben nicht mehr für dumm verkaufen. So wurde als erste Konsequenz aus dem Wahlergebnis auch mit der ÖVP eine neuerliche Reform des Wahlrechts vereinbart, in dem der Namensschutz für die Grünen endgültig verankert wird.

Auch in vielen anderen politischen Fragen wird der neue grüne Landtagklub anderes behandelt, als die zweiköpfige Fraktion von Brigid Weinzinger und mir: ausreichende Büro- und Arbeitsräume, eine neue Gesprächskultur mit den anderen Parteien, Beginn eines Dialogs über inhaltliche Anliegen der Grünen, Mitwirkungsmöglichkeit in verschiedenen Gremien des Landes, mehr Redezeit in den Landtagssitzungen, Mitwirkungsmöglichkeit bei verschiedenen außer Streit stehenden Anträgen im Landtag u.v.m..

Eine Partei, die zwei mal hinter-

einander Landtagswahlen gewonnen hat, behandelt man einfach anders.

Und dazu kommt das Bundesratsmandat. Es gibt den Grünen die Möglichkeit, mit einer weiteren Politikerin in Niederösterreich aufzutreten und die Anliegen der Grünen wahrzunehmen.

Gewissermaßen steht es jetzt zwischen dem Parlamentsklub und dem Landtagsklub 4:4. Beide verfügen über 4 niederösterreichische Abgeordnete.

Denn im Parlamentsklub agieren neben der neuen Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum die niederösterreichischen NationalrätInnen Dieter Brosz, Brigid Weinzinger und die Langenloiserin Michaela Sburny, die über die Reststimmenliste in den Nationalrat einzog.

Somit gelingt es langsam, das Land mit grünen Abgeordneten zu „überziehen“, die sich gemeinsam mit den vielen Ortsgruppen verstärkt für regionale und kommunale Anliegen der Grünen einsetzen können.

Das ist wichtig, denn die Bevölkerung hat durchaus das Recht, Politiker auch persönlich wahrzunehmen und nicht nur etwas von ihnen in der Zeitung zu lesen.

In diesem Sinne sollte auch in der Zukunft grüne Politik gemacht werden. Es ist ein schönes Stück Arbeit – packen wir's an.

LAAbg. Mag. Martin Fasan

Das grüne Quartett



Klubobfrau MMag^aDr. Madeleine Petrovic

Geb. 1956, verheiratet, zwei Töchter, Studium Jus und BWL, wohnt in Gloggnitz.

Juristin, Universitätslektorin, Gerichtsdolmetsch, Referatsleiterin f. Arbeitsmarktverwaltung im Sozialministerium.

Seit 1986 bei den Grünen, ab 1990 im Nationalrat, seit 2003 Abgeordnete im NÖ-Landtag und Klubobfrau der Grünen.

Fachbereiche: Umwelt, Naturschutz, Frauen, Kultur, Energie u. Antiatompolitik, Tierschutz. Sie ist Mitglied des Österreich-Konvents.

Stv. Klubobmann Mag. Martin Fasan

Geboren 1959, verheiratet, drei Kinder, AHS-Lehrer, lebt in Neunkirchen.

Seit 1983 grünpolitisch aktiv, seit 1985 Mitglied des Neunkirchner Gemeinderates, ab 1990 Stadtrat für Wohnungswesen, bereits seit 1998 Landtagsabgeordneter.

Fachbereiche: Verkehr, Wasserwirtschaft, Bauordnung, Raumordnung, Regionalpolitik, Wohnbau



Dr. Helga Krismer

Geb. 1972, lebt in Baden Studium der Veterinärmedizin, Doktorat 2002, seit 2000 im Bereich Lebensmittelhygiene tätig. 2000 Einzug in den Gemeinderat von Baden, seit 2003 Landtagsabgeordnete.

Fachbereiche: Wirtschaft, Tourismus, Gesundheit, Budget u. Finanzen, Landwirtschaft, KonsumentInnenenschutz

Emmerich Weiderbauer

49 Jahre, verheiratet, zwei Töchter u. eine Enkeltochter, wohnt in Melk.

Hauptschullehrer Seit 1995 Gemeinderat in Melk, seit 2000 Vertreter der Grünen im NÖ Landes-schulrat, seit 2003 Landtags-abgeordneter.

Fachbereiche: Bildung, Soziales, Jugend, SeniorInnen, Integration, Sport



Die Neue: Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum und ihre Stellvertreterin Liane Marecsek

GR Mag. Rainer Patzl



Grünes Teleskop

Mir gefällt folgender Ausspruch sehr gut: „Ein Budget sind die in Zahlen gegossene Vorhaben einer Regierung“. Wenn man sich so ein Zahlenwerk genauer ansieht, sollte man also erkennen, welche Projekte geplant sind. Das stimmt für das Tullner Budget allerdings nur bedingt.

Immer wieder gibt es Vorhaben, die einfach so von der ÖVP durch den Gemeinderat gepeitscht werden, ohne den anderen Parteien eine Planung über Investitionen und Folgekosten vorzulegen.

Beispiele hierfür sind die Donaubühne und diverse Ausstellungen. Andererseits gibt es immer wieder Projekte, die zwar im Budget enthalten sind, für die dann kein Geld da ist und die man daher ins nächste Jahr schieben muss (z.B. Radwege oder die Aufbahnhalle).

Diese Methode wird in der Öffentlichkeit dann so verkauft: Am Anfang eines Budgetjahres werden die geplanten Projekte stolz verkündet. Am Ende des Budgetjahres verkündet man genau so stolz, dass man weniger Geld ausgegeben hat, als geplant.

Gleichzeitig wird allerdings verschwiegen, dass das durch weniger Investitionen erreicht wurde.

GR Mag. Rainer Patzl

Gartenfeldstraße

Die Gartenfeldstraße ist ein neues Wohngebiet in Tulln. Dementsprechend hoch ist dort der Anteil an Jungfamilien mit kleinen Kindern. Besorgte Anrainer wandten sich an die Grünen mit der Bitte um verkehrsberuhigende Maßnahmen, da die Geschwindigkeit von manchen Autofahrern dort sehr hoch sei.

Dann passierte aber etwas Merkwürdiges: Nach dem die Grünen den Antrag im Gemeinderat stellten, wurde kurz darauf die Schwelle errichtet um die Autofahrer einzubremsen. Bei der nächsten Gemeinderatssitzung wurde aber dann der Antrag zur Verkehrsberuhigung abgelehnt. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass man den Grünen keinen Erfolg gönnt.



Fahrräder am Bahnhof

Während des Baus des neuen Parkdecks wurde selbstverständlich an die Autofahrer gedacht und ausreichend Ersatzparkplätze für Autos geschaffen.

Die Pendler, die mit dem Fahrrad zum Bahnhof kommen, wurden vergessen.

So stehen die Fahrräder nun kreuz und quer am gesamten Bahnhofsgelände herum.

Daher stellten die Grünen den Antrag auch für Fahrräder, während der Bauzeit, Ersatzabstellplätze zu

schaffen. Der Antrag wurde gutgeheißen und an den zuständigen Gemeindebediensteten weitergeleitet. Das war im April! - Seither ist nichts geschehen.

Buchstaben T U L L N

Im Sommer 2002 wurde im Gemeinderat beschlossen die drei neuen Kreisverkehre entlang der Südumfahrung, unter anderem auch, mit dem Schriftzug TULLN aus Granitbuchstaben zu verziern. Der Preis eines solchen Schriftzuges beträgt immerhin stolze EUR 11.600 (ATS 160.000).

Beiläufig erwähnte Bürgermeister Stift bei der vorletzten Gemeinderatssitzung, dass ein solcher Satz von Granitbuchstaben am Bauhof herumlag, da man sie am Kreisverkehr an der B14 nicht aufgestellt hat. „Die Langenlebarner“ hätten ihn darüber informiert, dass man so einen Schriftzug dort nicht wolle. Auf die Beantwortung der Anfrage der Grünen wie Bürgermeister Stift denn von der Meinung der Langenlebarner Kenntnis erlangte und wieso er gültigen Gemeinderatsbeschlüssen nicht nachkommt, kann man schon sehr gespannt sein.



Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Die Grünen Tulln 3430 Tulln a. d. Donau, Alter Ziegelweg 33 Für den Inhalt verantwortlich: Gemeinderatsfraktion DIE GRÜNEN TULLN, Verlagspostamt 3430 Tulln Redaktion: Sabine Gabriel, Rainer Patzl, Erika Simané; Layout: Rudi Simané. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht zwingend die Meinung der Redaktion dar.